

Götz Aly

Gedenkrede 27. Januar 2016 Rheinhessen-Fachklinik
Alzey

Ermordet und von aller Welt verlassen

Vortrag, gehalten am 27. Januar 2016, im Rahmen der
auswärtigen Plenarsitzung des Landtags von Rhein-
land-Pfalz in der Rheinhessen-Fachklinik in Alzey
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Mertes,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine Großmutter Ottilie stammte aus Mörfelden bei
Frankfurt und wusste genau, was es mit dem 27. Ja-
nuar auf sich hatte: Es war Kaisers Geburtstag und
ihr eigener. Wir Heutigen verbinden das Datum mit
der Befreiung des Todeslagers Auschwitz und dem Ge-
denken an die Opfer des nationalsozialistischen
Deutschland. Das KZ Auschwitz konnte 1940 errichtet
und ohne innerdeutschen Widerstand bis zum 27. Ja-
nuar 1945 betrieben werden, weil auch meine Großel-
tern Ottilie und Friedrich Schneider die Regierung
Hitler gewählt hatten. Beide stammten aus einfa-
chen, rechtschaffenen Verhältnissen, beide verspra-
chen sich vom Dritten Reich eine bessere Zukunft.
Fast die Hälfte der Deutschen hatte so gewählt, und
machen wir uns klar: Diese Wähler und Wählerinnen
(Frauen stimmten häufiger für Hitler als Männer)
waren keine Monster. Wir Älteren, die wir sie noch
kannten, hatten sie gern. Sie waren moralisch und

intellektuell nicht schlechter ausgestattet als wir
- dennoch wurden sie zu Stützen eines verbrecherischen Staatswesens.

In dem Buch „100 Jahre Rheinhessen-Fachklinik Alzey“, das im Jahr 2008 erschien, wird liebevoll beschrieben, wie sehr sich die damaligen Landesväter, die Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger in den beiden ersten Jahrzehnten der Anstalt um eine moderne und im Geist der Zeit humane Behandlung der Patienten kümmerten. Das Kapitel über die Zeit des Nationalsozialismus beginnt dann in einem distanzierten, fast bürokratischen Ton: „Wie alle Lebensbereiche wurden die Heil- und Pflegeanstalten in das totalitäre System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft integriert.“ Vom „Führerprinzip“ ist die Rede, von „erbbiologischer Erfassung“, von der Zwangssterilisierung von 329 Patienten und Patientinnen der Anstalt. Aber über das zentrale Problem schweigt das Buch: Die Ärzte und Pflegekräfte blieben dieselben wie vor 1933. Sie passten sich umstandslos den neuen Verhältnissen an. Dr. Hans Dietz war von 1913 bis zur Pensionierung 1936 Direktor der Anstalt. Ihm folgte Dr. Ludwig Peters, der bis 1967 im Amt blieb.

Dieselben Leute dienten humanen Prinzipien und - unter geänderten politischen Umständen - dem System der Menschenverachtung und selbst dem Massenmord. Das ist das Verstörende an jener - selbst lebensgeschichtlich - extrem kurzen Zeitspanne der zwölf nationalsozialistischen Jahre. Um dieser durchaus beängstigenden Frage konsequent auszuweichen, haben sich Journalisten, Historiker und Politiker mittlerweile darauf geeinigt, von den Verbrechen „der

Nationalsozialisten" zu schwadronieren - gerade so, als handle es sich um Marsmenschen, mit denen niemand verwandt oder verschwägert sei. Wer so steril und an dem entscheidenden Punkt des gesellschaftlichen Verhaltens, des Massencharakters der nationalsozialistischen Herrschaft falsch über die Schrecken dieser Jahre spricht, wird daraus nichts lernen und anderen keine Lehren vermitteln können.

Heute vor genau 76 Jahren verharrten um diese Uhrzeit noch etwa 7000 verängstigte, extrem geschwächte Gefangene im KZ Auschwitz. Die Wachmannschaften hatten in der Nacht zuvor das letzte Krematorium gesprengt und sich am Morgen davongemacht. Nach Gefechten mit zurückweichenden Wehrmachtsverbänden erreichten zwei vermummte Soldaten der Roten Armee das Tor von Auschwitz-Birkenau gegen drei Uhr nachmittags. Ihr Maschinengewehr zogen sie auf einem Schlitten hinter sich her. Ein Freudenschrei erhob sich aus der Menge der Gefangenen: „Die Russen sind da!“ Bis dahin waren in Auschwitz von Deutschen etwa eine Million Menschen ermordet worden, davon mehr als 900.000, weil sie Juden waren.

Mit äußerster militärischer Gewalt und unter großen Opfern befreiten die alliierten Armeen in jenen Monaten nicht nur Millionen inhaftierte, versklavte und unterworfenen Menschen vom deutschen Terror, sondern auch diejenigen, die diesen Krieg begonnen und verursacht hatten: die Deutschen. Sie mussten von sich selbst befreit werden, und viele verstanden das erst sehr viel später. Unsere heutige Freiheit, unser Glück, unseren Wohlstand verdanken wir der Niederlage von 1945. Stellen Sie sich nur einen Moment vor, die insgesamt 18 Millionen deutschen

Soldaten hätten diesen Krieg gewonnen! So viele deutsche Männer, fast alle, die laufen konnten, hatten den Kontinent vom Nordkap bis zum Kaukasus, von Leningrad bis Marseille mit dem schrecklichsten Eroberungs- und Vernichtungskrieg der neueren Geschichte überzogen.

Im Angesicht der Niederlage hatte die deutsche Regierung 1944 die Politik des Mordens noch gesteigert: Beginnend Anfang Mai waren in Auschwitz binnen zehn Wochen 320.000 ungarische Juden ermordet worden. Dabei war eines der vier Krematorien wegen Überlastung geschmolzen und abgebrannt. Zwei weitere Krematorien wurden im Dezember 1944 sorgfältig zerlegt und Richtung Mauthausen verfrachtet. Dort, am Rand der geplanten Alpenfestung, sollte unter dem Codewort „Neu-Auschwitz“ ein zumindest gleichwertiges Todeslager entstehen. In einigen Heil- und Pflegeanstalten, in denen besonders viele und immer mehr Kranke gewaltsam starben, wurden damals Krematorien errichtet: so im August 1944 in der bayerischen Anstalt Kaufbeuren, im November 1944 in der Anstalt Pfafferode bei Mühlhausen in Thüringen und in der Anstalt Meseritz-Obrawalde, hundert Kilometer östlich von Berlin.

Anfang März 1945 befreiten Truppen der Roten Armee auch Meseritz-Obrawalde. Sofort führte die Militärärztliche Leitung der I. Weißrussischen Front eine gerichtsmedizinische Untersuchung durch. Die Berichterstatter fanden noch „etwa tausend zweifellos chronisch psychisch Kranke“ vor und erkannten, dass „das Krankenhaus Meseritz-Obrawalde tatsächlich eine nationale Einrichtung zur Vernichtung der deutschen Bevölkerung“ gewesen war. Die sowjetischen

Ärzte erstellten einen sorgfältigen, hundert Seiten langen Bericht mit Beweisfotos von Exhumierungen, Zeugenvernehmungen und labormedizinischen Analysen. Auch fanden sie die Baustelle der Verbrennungsanlage „und eine Ofentür, die der von Majdanek ähnelte“. Tatsächlich war diese wie in Majdanek von der Firma Kori in Berlin-Schöneberg geliefert worden. Neben dem unfertigen Ofen standen fünftausend Urnen bereit. Bis dahin waren allein in der staatlichen Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrwalde an die zehntausend Kranke aus vielen Teilen Deutschlands mithilfe überdosierter Medikamente ermordet worden.

Was hat die Befreiung von Auschwitz, was hat der Mord an den europäischen Juden mit unserem heutigen Thema, dem Massenmord an weit überwiegend deutschen Geisteskranken und Behinderten zu tun? Oft wird gesagt, die Vernichtung mittels von Gas hätte die Euthanasiemorde zum Vorlauf des Holocaust werden lassen. Auch personell bestanden Kontinuitäten: Rund 100 Männer, die zuvor die Euthanasiemorde betrieben hatten, organisierten 1942 die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka.

Damit wird jedoch der entscheidende Zusammenhang hinter technischen und personellen Kontinuitäten verdeckt. Der Fall liegt weniger bequem. Vor allem lehrte der bis zum August weithin reibungslos verlaufene Mord an Menschen aus deutschen Familien die Initiatoren eines: Ein solches Großverbrechen kann mitten in Deutschland durchgeführt werden, der öffentliche Dienst macht mit: die Beamten in der Medizinalverwaltung, die Ärzte und das Pflegepersonal der Anstalten, die Standesbeamten, die Friedhofsverwaltungen aller deutschen Städte, die Sachbear-

beiterinnen der Kostenträger. Die deutsche Justiz beschäftigte damals 1200 Vormundschaftsrichter. Auch sie bekamen urplötzlich und gleichzeitig sehr ähnlich lautende Sterbeurkunden auf den Tisch. Nur einer protestierte und sprach von Mord: Lothar Kreyssig, Richter in der Stadt Brandenburg. Er wurde bei vollen Bezügen beurlaubt, und die Maschinerie des Todes lief ungestört weiter. Kreyssig gründete 1958 die Aktion Sühnezeichen.

Am 3. April 1940 versammelten sich sämtliche deutschen Oberbürgermeister und kommunalen Spitzenbeamten im Deutschen Gemeindetag in Berlin. In der Einladung hieß es: „Der Besprechungsgegenstand wird in der Sitzung bekanntgegeben.“ Nach der Mitschrift des Oberbürgermeisters von Plauen erklärte Karl Fiehler, Oberbürgermeister von München und zudem Reichsleiter der NSDAP für Kommunalpolitik, den Versammelten: „In den vielen Pflegeanstalten des Reichs sind unendlich viele unheilbare Kranke jeder Art untergebracht, die der Menschheit überhaupt nichts nützen, vielmehr nur zur Last fallen, unendliche Kosten der Verpflegung verursachen, und dabei ist keinerlei Aussicht vorhanden, dass diese Menschen je wieder gesund oder nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden können. Sie vegetieren dahin wie die Tiere, sind asoziale lebensunwerte Menschen, dabei sonst in den inneren Organen absolut gesund und können noch viele Jahrzehnte leben. Sie nehmen nur andern gesunden Menschen Nahrung weg und bedürfen oft der zwei- und dreifachen Pflege. Vor diesen Menschen müssen die übrigen Menschen geschützt werden. Wenn man aber heute schon Vorkehrungen für die Erhaltung gesunder Menschen treffen müsse, dann sei es umso notwendi-

ger, dass man diese Wesen zuerst beseitige, und wenn das vorerst nur zur besseren Erhaltung der in den Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten heilbaren Kranken wäre. Den freiwerdenden Raum brauche man für alle möglichen kriegswichtigen Dinge: Lazarette, Krankenhäuser und Hilfskrankenhäuser." Widerspruch erhob sich nicht.

Auf ähnliche Weise wurden sämtliche deutschen Ordinarien für Psychiatrie und Neurologie ins Bild gesetzt. Einer, Gottfried Ehwald aus Göttingen, protestierte und wurde ohne weitere Konsequenzen von der Sitzung ausgeschlossen. Die Unterrichtung sämtlicher Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten verlief reibungslos. Mein Vater, der damals in der Pfalz als kaufmännischer Angestellter der Hitlerjugend arbeitete, hatte 1938 eine der üblichen erbbiologischen Besichtigungen in der Anstalt Klingenstein absolviert. Dabei wurden, wie er mir erzählte, auch „ganz grauenhafte Kranke“ gezeigt, und am Ende erklärte Direktor Dr. Gottfried Edenhofer der Besuchergruppe: „In vielen Fällen wird man hoffentlich bald etwas tun können, um das Leben zu verkürzen.“ In der zweiten Hälfte des Krieges steigerte Dr. Edenhofer die jährliche Sterbequote seiner Patienten auf deutlich über 20 Prozent. Auf dem Friedhof der Anstalt Klingenstein liegen mehr als 1800 Patienten aus jener Zeit in Massengräbern.

Im April 1941, nachdem etwa 50.000 Menschen in die Gaskammern deportiert worden waren, konstatierte der ärztliche Leiter des Mordapparats, Professor Werner Heyde, der Widerstand halte sich in engen, beherrschbaren Grenzen: Nur zehn Prozent der Ange-

hörigen würden protestieren. Das führt zu der Frage: Wie verhielten sich die Angehörigen der Kranken tatsächlich? In dem Buch über die Anstalt Alzey wird aus der Akte einer Patientin im Jahr 1913 berichtet: „Schreibt immer noch ihre Zettelchen und Briefe, in letzter Zeit namentlich an ihren hier wohnenden Bruder, den sie gar zu gern einmal besuchen möchte. Man hat die Karten auch abgesandt, die Angehörigen kümmern sich aber nicht um die Patientin.“ Dieses Schicksal teilte die Frau mit vielen, und Sie alle, meine Damen und Herren, wissen aus Ihrer eigenen Lebenserfahrung, wie leicht es zu Kontakteinschränkungen und auch -abbrüchen kommen kann, wenn in unseren weiteren Verwandten- und Bekanntenkreisen ein Mensch dauerhaft psychisch erkrankt, schwierig, unberechenbar und belastend wird.

Der Psychiater und Historiker Heinz Faulstich, dem wir zwei bedeutende Werke zur Geschichte der deutschen Psychiatrieverbrechen verdanken, resümierte 1993: „Das Verbleiben eines Menschen in der Psychiatrie hängt nicht selten auch davon ab, ob ihn draußen noch jemand erwartet oder zurückhaben will. (...) Das Ausgrenzen eines Menschen in der Psychiatrie ist - im Gegensatz zur Behauptung mancher Psychiatriekritiker - nicht das Werk obrigkeitshöriger Psychiater allein, sondern häufig auch ein Ausgrenzen aus Familie und sozialem Umfeld. (...) In der damaligen Zeit konnte das Sichabwenden tödliche Folgen haben.“

Anders als die meisten anderen Historiker ging Faulstich der Frage, wie sich die Angehörigen verhalten hatten, nicht aus dem Weg. Er untersuchte

sie am Beispiel der Anstalt Reichenau. Bis auf elf haben sich dort sämtliche Kranken- und Personalakten von 508 Patienten erhalten, die 1940/41 in den Gaskammern sterben mussten. Faulstich wertete die Akten aus und gelangte zu folgenden Ergebnissen: Nach dem Schicksal der Ermordeten erkundigten sich 112 Angehörige, das sind 22,5 Prozent. Unter den Nachfragen fand Faulstich „insgesamt etwa 20 bis 30“, die er als Protestschreiben einstufte. Deutlich vernehmbar empörte sich jeder 20. oder 25. Angehörige (also vier bis fünf Prozent). Auf die Deportation und den Tod von 77,5 Prozent der Reichenauer Kranken folgte keine dokumentierte Reaktion. Aus diesen Daten erklärt sich auch, warum in den allermeisten Familien über die Ermordeten niemals gesprochen wurde. (Das Einzugsgebiet der Anstalt war ländlich und fast rein katholisch; für protestantische und großstädtische Gegenden sind die Relationen noch ungünstiger.)

Seit Ende 1939 waren die Direktoren psychiatrischer Anstalten gehalten, für ihre Patienten einen Meldebogen ausfüllen. Er enthielt Fragen zur Diagnose und Prognose des Kranken, zur Aufenthaltsdauer, zur Arbeitsfähigkeit und zum Kostenträger. Die erste Frage lautete allerdings, ob der Patient kriegsbeschädigt sei. Das konnte sich zu seinen Gunsten auswirken. Die zweite Frage hatte es in sich: „Wie oft und von wem erhält der Patient Besuch?“ Mit der Antwort darauf gewannen die Organisatoren der Euthanasiemorde ein wichtiges Kriterium für ihre Auswahl, damit konnten sie das Ausmaß des Widerstands entscheidend reduzieren.

Vor einigen Jahren hat eine Forschungsgruppe das Verhalten der Angehörigen anhand der Krankenakten von 3002 Opfern der Euthanasiemorde untersucht. Zum Vergleich wurden aus zwölf psychiatrischen Anstalten die Krankenakten von Patienten mit ähnlichen Leiden herangezogen, die überlebt hatten. Für guten familiären Rückhalt sprechen Briefe, Überweisungen von Taschengeld, das Senden von Päckchen, Anträge auf Beurlaubung des Kranken an Festtagen, regelmäßige Besuche, insbesondere zu Weihnachten und Ostern, zum Geburts- und Namenstag. Auf der Grundlage solcher Anhaltspunkte konnte Petra Fuchs für die ermordeten Kranken darlegen, dass in 19,2 Prozent der Fälle „ein enger Familienzusammenhalt“ bestand; die Vergleichsgröße für die Überlebenden ergibt 39,4 Prozent. Das bedeutet: Leise Formen der Zuewandtheit seitens der Angehörigen, die nicht mit Widerstand zu verwechseln sind, erhöhten die Überlebenschancen eines Pfleglings beträchtlich.

In dem Buch über die Anstalt Alzey wird berichtet, dass von den Patienten aus Alzey 255 Kranke in fünf Sammeltransporten in die Zwischenanstalt Weilmünster verschleppt und von dort „fast in den gleichen Gruppen, in denen sie angekommen waren“, vier bis sechs Wochen später nach Hadamar transportiert und ermordet worden sind. Diese Feststellung lässt darauf schließen, dass sich nur sehr wenige Angehörige um den Verbleib ihrer Kranken gekümmert und interveniert haben. Dazu muss man wissen, dass die Organisatoren des Mordens im Sommer 1940 klipp und klar festgelegt hatten: Entlassungsanträgen von Angehörigen ist „in jedem Falle zu entsprechen“ (abgesehen von sicherungsverwahrten und jüdischen Patienten). Dies unterstrich den Zweck der Zwischen-

anstalten: Sofern besorgte Verwandte auf der Entlassung ihrer kranken und pflegebedürftigen Familienmitglieder bestanden, mussten die Anstaltsdirektoren nachgeben.

Das galt auch für die zweite Kriegshälfte. 1973 stellte die Staatsanwaltschaft Hamburg fest: „Wenn Pfleglinge überlebten, so hatten sie dies unter anderem dem energischen Auftreten von Angehörigen zu verdanken, die ihre Entlassung aus der Anstalt Hadamar durchsetzten.“ Nach den Erkenntnissen des zuständigen Staatsanwalts Dietrich Kuhlbrodt „wollte“ die Leitung der Todesanstalt Hadamar „in diesen Fällen lieber von der Tötung der Pfleglinge Abstand nehmen, als unliebsame Nachforschungen bereits misstrauisch gewordener Angehöriger besorgen zu müssen“. Im Fall von 97 Frauen, die am 7. August 1943 gemeinsam von Hamburg nach Hadamar transportiert worden waren, ermittelte Kuhlbrodt, dass in sechs Fällen Angehörige mit Nachdruck intervenierten und ausnahmslos erreicht hatten, dass die verschleppten Frauen entlassen wurden: Anna Beth und Luise Bernhard verdankten ihr Leben dem energischen Eingreifen ihrer Familien; Heinrich Böhm rettete seine Tochter Martha; Martha Schönfeld holte ihre Mutter Martha Goyer nach Hause; für Trude Schlesinger erwirkte deren Sohn, für Gerda Stiegert deren Vater Wilhelm die Rückkehr aus der Todesanstalt Hadamar. Die anderen 91 deportierten Frauen mussten sterben, weil ihre Verwandten im Krieg standen, andere schwere Sorgen hatten, ihnen der Mut oder der Wille fehlte, sich um das Schicksal der deportierten und pflegebedürftigen Mütter, Töchter, Tanten oder Cousinen zu bemühen.

Aus dem Umkreis meiner Familie weiß ich von zwei gegensätzlichen Geschichten, die mit den Euthanasiemorden zusammenhängen. Die eine handelt von meiner angeheirateten Tante Martha Ebding, geboren 1906. Sie litt an schweren, ihr Wesen verändernden epileptischen Anfällen. Ihren Nichten erschien sie als „schmale, grau gekleidete, düstere unheimliche Gestalt“. Sie war in den Korker Anstalten bei Kehl untergebracht. Die Schwestern dort warnten die Verwandten vor den Abtransporten, und ihr Bruder, Pfarrer Friedrich Ebding, reagierte sofort, nahm sie aus der Anstalt und brachte sie später zurück. Ende 1944 schrieb er: „Unsere liebe Martha konnten wir am 22. September 1944 nach Bethel bei Bielefeld bringen. Bethel ist einzig, und wir waren immer wieder froh, Martha so gut untergebracht zu wissen ...“ Dort starb sie 1957. Des ungeachtet blieb „das Thema Tante Martha“ nach der familiären Überlieferung „stets tabu“.

Die zweite Geschichte erzählte mir meine Mutter kurz vor ihrem Tod 2008. Sie war schon sehr schwach. Mit aller Absicht kam sie auf ihre verstorbene Freundin Annemarie zu sprechen. Diese habe seinerzeit ihr behindertes Baby in eine Euthanasieanstalt gegeben, auf Druck ihres Ehemanns, und immer sehr darunter gelitten. Ich weiß nicht, ob das Kind ein Mädchen oder Junge war. Es hieß mit Nachnamen Kröcher, zumindest eine Zeitlang lebte die Familie in Neustadt an der Weinstraße. Bislang sind meine Nachforschungen gescheitert.

Eben weil so viele Deutsche den Mord an den eigenen Volksgenossen hinnahmen, sich passiv verhielten, sich ihrer behinderten und geisteskranken Familien-

mitglieder schämten, gewannen die damals führenden Politiker die Zuversicht, die Deutschen würden auch größere Verbrechen ohne bedeutenden Widerspruch passieren lassen. Wer zulässt, dass die eigene an Schizophrenie leidende Tante in der Gaskammer stirbt oder der fünfjährige spastisch gelähmte Sohn die Todesspritze erhält, den wird das Schicksal der als Welt- und Volksfeinde verfemten Juden nicht kümmern, der wird gleichgültig bleiben, wenn zwei Millionen sowjetische Gefangene binnen sechs Monaten verhungern müssen, damit deutsche Soldaten und deren Familien in der Heimat mehr zu essen haben.

Wie im Fall der Morde an den Geisteskranken ging die NS-Führung auch bei der „Endlösung der Judenfrage“ tastend und schrittweise vor. Im einen wie im anderen Fall ermöglichten Hitler, seine Mitführer und Berater dem Volk das Wegsehen, erfanden mächtig verhüllende Tarnbegriffe. An die Stelle des Vorwands „kriegsbedingte Verlegung in eine andere Anstalt“ rückten sie die Begriffe „Evakuierung“ und „Arbeitseinsatz im Osten“. All das geschah unter dem Stichwort „geheime Reichssache“ mit dem einzigen Ziel, dem Volk das Schweigen, das Hinnehmen zu erleichtern. Das vage Wissen, das Nicht-Wissen-Müssen und das starke Nicht-Wissen-Wollen machten die Volksgenossen moralisch reglos.

Im November 1941 hatte Thomas Mann in einer seiner an die deutschen Hörer gerichteten Radioreden in der BBC diesen Zusammenhang so formuliert: „Das Unaussprechliche, das in Russland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht, wisst ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls unaussprechlichen, dem ins

riesenhafte gewachsenen Hass, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muss. (...) Eure Führer, die euch zu all diesen Schandtaten verführt haben, sagen euch: Nun habt ihr sie begangen, nun seid ihr unauflöslich an uns gekettet, nun müsst ihr durchhalten bis aufs Letzte, sonst kommt die Hölle über euch." Die ungeheuerlichen Verbrechen verstärkten den inneren, von halbbewusster Angst diktierten Zusammenhalt der deutschen Bevölkerung, ermöglichten ihrer Führung noch größere Handlungsfreiheit.

Die allermeisten Deutschen hatten sich in den Bannkreis des Bösen ziehen lassen. Deshalb schwiegen sie nach 1945 weiterhin. In den Wohn- und Schlafzimmern hingen die Fotos der gefallenen Ehemänner, Söhne und Brüder. Fotos der Töchter, Onkel oder Großmütter, die als Pflegebedürftige, Demente oder psychisch Auffällige ums Leben gebracht worden waren, unterlagen dem ungeschriebenen Bilderverbot, sie wurden beschwiegen und in den allermeisten Familien vergessen.

Noch in der Gegenwart werden bei Veranstaltungen, in Büchern und auf Denkmälern die Namen der Ermordeten zumeist nicht genannt - so auch hier auf dem Gedenkstein im Park dieses psychiatrischen Krankenhauses. Mit verklemmter Diskretion ist von Henry K. und Louise S. die Rede, manchmal werden alberne Ersatznamen vergeben. Warum nur? Nach dem Bundesarchivgesetz dürfen sämtliche in den Akten genannten Namen der vor dem 8. Mai 1945 auf welche Weise auch immer Verstorbenen veröffentlicht werden. Der Datenschutzbeauftragte des Bundes teilte mir mit: Für Tote gilt kein Datenschutz. Er gab jedoch zu beden-

ken, man möge Rücksicht auf die heute lebenden Verwandten nehmen. Sie könnten sich beeinträchtigt fühlen. Ähnlich antwortete 2012 der Präsident des Bundesarchivs auf meine Anfrage.

Im Fall der ermordeten Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und Konservativen nennen wir die Namen selbstverständlich und fragen nicht, was die nachgeborenen Familienmitglieder denken könnten. Das sollte endlich auch für die Behinderten, Geisteschwachen, Verrückten und Krüppel gelten. Sie waren keine anonymen Unpersonen, deren Namen unterhalb der Schamgrenze liegen oder unter das Arztgeheimnis fallen. Sie waren Menschen, die vielleicht nicht arbeiten, aber lachen und weinen konnten - jeder Einzelne von ihnen eine unverwechselbare Persönlichkeit. Es ist an der Zeit, die Namen und Lebensdaten der Ermordeten öffentlich zu nennen. Erst dann wird den lange vergessenen Opfern ihre Individualität und menschliche Würde wenigstens symbolisch zurückgegeben.

Ich habe ausführlich über das Verhalten von Angehörigen gesprochen. Doch sollten wir Heutigen uns nicht leichtfertig über die Eltern, Geschwister und Gatten erheben, die damals wankten. Sie lebten unter sehr viel schwierigeren Umständen, meist unter materiell sehr beengten Verhältnissen und im Krieg. Anders als heute bestand, etwa im Fall der Geburt eines behinderten Kindes, keine Aussicht auf großzügige staatliche Hilfen, sondern die reale Bedrohung, dass die gesamte Familie als erblich belastet eingestuft und dauerhaft um ihre Zukunftschancen gebracht werden würde. Wer damals ein behindertes Kind bekam, dem wurde das Kindergeld für die gesun-

den Geschwister gestrichen, weil nun der Verdacht auf eine Erbkrankheit der gesamten Familie bestand. Auch heute noch wird, wenn ein Familienmitglied psychisch erkrankt, zumindest im Stillen, nicht selten die Frage gestellt: Steckt das vielleicht auch in mir oder meinen Kindern? Wie viel drängender mussten solche Fragen in einem politischen System werden, das die sogenannte Erbhygiene zum Staatsziel erhoben hatte.

Jenseits dessen sind schwer körperlich und geistig behinderte Menschen und solche, die psychisch aus der Bahn geraten, nicht selten eine Last. Sie machen diejenigen ratlos, die sich als gesund ansehen, stören deren Lebenspläne und Normalitätsbegriffe, manchmal in bedrohlicher Weise. Deshalb lösen sie Gedankenflucht und Abwendung aus, Angst und Abwehr, ja, sie ziehen Aggressionen und selbst Todeswünsche auf sich. Weil derartige Gefühle gegen nahestehende, noch dazu wehrlose Menschen gerichtet sind, erzeugen sie Gewissensnot und das Bedürfnis, das Unlösbare irgendwie zu lösen. Diese menschlichen Dispositionen und Schwächen gibt es. Sie haben nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Sie lassen sich weder abschaffen noch als böser Zauber austreiben. Jedoch können solche Ambivalenzen und Anfechtungen, wie im Fall des NS-Staats, verstärkt und ausgenutzt oder, wie im heutigen Deutschland, stark abgemildert werden. Wer die Euthanasiemorde allein als Verbrechen „der Nationalsozialisten“ oder „der Täter“ begreift, verschließt die Ohren vor den Botschaften der Ermordeten. Die Opfer der Euthanasie galten vielen als Last, sie starben gewaltsam und von aller Welt verlassen.